

KV Reutlingen

Verkehrsinfrastruktur bleibt in öffentlicher Hand

Die verwalteten Verkehrsinfrastruktur, Straßen, einschließlich der Autobahnen, Wasserstraßen, Flugplätze und Schienenwege bleiben in öffentlicher Hand.

Um dieses für die Freizügigkeit des Einzelnen wie auch für die Wirtschaft wichtige Staatsvermögen effektiv zu verwalten, wird die Struktur der Verkehrsverwaltungen neu geordnet.

Die Behörden für Luftfahrt, Wasserstraßen, Bahn- und Straßenbau werden zu einer einheitlichen dreigliedrigen Verwaltung (Oberer Verwaltungsbehörde - auf Bundesebene), Mittelbehörde – auf Landesebene - und Untere Verwaltungsbehörde – auf der Ebene der Kommunalverkehrsverwaltung) zusammengefasst.

Vorrangig soll der Ausbau und Erhalt der vorhandenen Schieneninfrastruktur im Vordergrund stehen. Dabei hat sich die neue Verwaltung bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen zu prüfen ob durch Zusammenlegung von Verkehrswegen Flächen (Landschaften) geschont werden können.

Begründung:

Sowohl für den Erhalt des Grundrechtes auf Freizügigkeit, der Möglichkeit auch in abgelegenen Orten, in denen Arbeitnehmer wohnen, die Industrie sich jedoch noch nicht ansiedeln will, leben zu können, wie auch aus wirtschaftlichen Gründen, ist es notwendig, die Verkehrswege ohne vorrangige wirtschaftliche Interessen anzulegen. Auch ist die Verkehrsinfrastruktur aus Gründen der Sicherheit für die Menschen, die Tiere und die Umwelt ohne vorrangige Renditeorientierung zu unterhalten. Aus diesem Grunde bekennen wir uns zur Beibehaltung der staatlichen Straßen, Wasserstraßen, Flughäfen und vor allen Dingen Schienenwege.

Damit aber eine bessere Koordination beim Bau und Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur möglich ist, sind die unterschiedlichen Verwaltungen zu einer Verwaltung zusammen zu fassen. Diese hat dann die Aufgabe bei der Planung von Neubauten oder Erhaltungsmaßnahmen zu prüfen, welche der vorhandenen Verkehrswege für das vorhandene oder zu erwartende Verkehrsaufkommen notwendig ist. Ein massiver Flächenverbrauch wie derzeit am Albaufstieg (A 8) zwischen Stuttgart und Ulm zu sehen ist, kann damit vermieden oder mindestens optimiert werden.

Eine Zusammenlegung der Behörden bietet die Möglichkeit einer effizienteren Planung von neuen Verkehrswegen und eine bessere Abstimmung dieser.